

Behörden Spiegel, Mai 2018

“Die Kollegen haben die Dividende eingefahren”

Ulrich Silberbach zu Tarifverhandlungen, Strukturveränderungen und über ein positives Gefühl

Behörden Spiegel: Herr Silberbach, die Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen sind abgeschlossen. Welchen Eindruck hatten Sie vom neuen Bundesinnenminister Horst Seehofer in der dritten Runde?

Silberbach: Herr Seehofer hat von Anfang an sehr offen kommuniziert und viel Fingerspitzengefühl bewiesen. Er hat an den richtigen Stellen sowohl die kommunalen Arbeitgeber aufgefordert sich zu bewegen, als auch die Gewerkschaften in der ‚Nacht der langen Messer‘ gemahnt, den Bogen nicht zu überspannen.

Behörden Spiegel: Für die Kommunen bedeutet der Abschluss Kosten von 10,7 Mrd. Euro. Wie stark war die Abwehrhaltung gegen die Forderungen?

Silberbach: Natürlich gab es Widerstand. Der Fairness halber muss man sagen, die meisten Kommunalgeber haben erkannt, dass Bewegung in die Gehaltsentwicklung kommen muss. Man kann nicht einerseits darüber klagen, keine Ingenieure und Fachkräfte zu bekommen und andererseits sagen, man habe kein Geld, um die Leute vernünftig zu bezahlen. Darin liegt der eigentliche Erfolg dieser Tarifrunde. Wir haben einen Dreiklang erreicht, sowohl für die unteren Einkommensgruppen, als auch für Auszubildende und für Fachkräfte signifikante Zuwächse zu realisieren.

Behörden Spiegel: Zu Beginn der Tarifrunde wurde seitens Verdi und DBB auf eine kurze Laufzeit von zwölf Monaten abgestellt. Jetzt beträgt die Laufzeit 30 Monate. War das klug?

Silberbach: Die lange Laufzeit ist nicht verkehrt. Sie bietet Sicherheit, während international die Zinsen wieder steigen. Hinzu kommt die Schuldenbremse. Mit unserem Tarifabschluss konnten wir Einkommenserhöhungen über die Staffelung langfristig sichern. Das haben wir mit dem Gesamtvolumen von 7,5 Prozent ab dem 25. Monat erreicht.

Behörden Spiegel: Sehen das die Beschäftigten ebenso?

Silberbach: Nicht immer. Aber wir hatten in 30 Jahren Tarifpolitik immer eine Lücke zwischen Forderung und Ergebnis. Das ist bei Kompromissen unvermeidlich, sogar bei so guten wie diesem.

Behörden Spiegel: Die Kommunen haben sehr unterschiedlich reagiert. Viele sprechen von einer schweren Belastung der Haushalte. Kommunen in der Haushaltssicherung könnten gezwungen sein, Leistungen einzustellen oder Personal abzubauen.

Silberbach: Das ist immer die Drohgebärde nach dem Motto, wenn ihr die Preise zu hoch treibt dann müssen wir Leute entlassen oder müssen Gebühren erhöhen. Ich sage: OK, reden wir über Gebühren. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sind bereit, für eine vernünftige Leistung auch angemessen zu bezahlen. Wenn wir beim Öffentlichen Dienst über Gebührenerhöhungen reden, dann erfolgen die mit Augenmaß. Niemand muss sich Sorgen machen, dass massive Gebührenerhöhungen bevorstehen.

Außerdem: Wenn eine Stadt zwei Prozent für den Tarifabschluss im Haushalt einplant, hat der Kämmerer immer noch eine Reserve. Auch das gehört zum Geschäft.

In den letzten Jahren haben wir eine maßvolle Tarifpolitik gemacht, die Kollegen haben jetzt ihre Dividende dafür eingefahren. 3,1 Prozent in der ersten Phase bedeuten nicht den Untergang des Abendlandes. Das muss jede Gebietskörperschaft leisten können. Wir müssen über ganz andere Themen reden, etwa den kommunalen Finanzausgleich oder die Kreisumlage in NRW.

Behörden Spiegel: Muss auch hier über Strukturen nachgedacht werden?

Silberbach: Bleiben wir bei der Kreisumlage. Die Landkreise haben in der Vergangenheit eine Leistung definiert, und die dafür notwendigen Gelder bei den kreisangehörigen Gemeinden eingesammelt. Da kann man sicher über Strukturänderungen reden, aber das ist nicht unsere Aufgabe. Seit Jahrzehnten gibt es die Diskussion Produktmanagement. Was kostet eine Leistung? Wenn die Kommunen politisch aber nicht in der Lage sind, für ihr Produkt die entsprechenden Gebühren zu nehmen, dann kann man das nicht den Beschäftigten vorwerfen. Die Leistung der Beschäftigten hat auch einen Wert.

Behörden Spiegel: Ein anderes Thema im Öffentlichen Dienst ist die Frauenförderung. Eigentlich haben wir doch hervorragende Arbeitsbedingungen.

Silberbach: Ja, aber die sogenannte Teilzeitfalle, in die Frauen nach der Geburt eines Kindes häufig geraten, wirkt sich bis auf die Versorgung bzw. Rente aus. Diese fällt geringer aus als bei Kollegen und Kolleginnen, die immer in Vollzeit gearbeitet haben. Hier müssen wir mehr machen, um die Frauen zu unterstützen. Die im aktuellen Koalitionsvertrag genannten Ansätze sind richtig. Aber das können Gewerkschaften oder Arbeitgeber nicht allein leisten. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an die wir stärker ranmüssen.

Behörden Spiegel: Das Bundesinnenministerium ist auf der Ebene der Staatssekretäre männlich dominiert. Auch auf der Abteilungsleiterebene gibt es nur eine Frau. Ist ein Grund dafür die Struktur und das jeder Karriereschritt mit immer mehr Personalverantwortung einhergeht? Und sollte nicht mehr auf das Fachliche gesetzt werden?

Silberbach: Mehr aufs Fachliche zu setzen würde dem Führungsauftrag schaden. Unsere jetzigen Führungskräfte müssen beides abdecken. Sie müssen Personal führen und gleichzeitig hochqualifizierte Sacharbeit leisten. Das müsste man eigentlich stärker trennen. Wer Personal führen soll, muss frei sein von anderen Aufgaben. Dies trifft insbesondere auf solche Mammutbehörden wie bspw. das BMI zu. Ein Personalverantwortliche sollten eigentlich nichts anderes machen, als Abläufe zu optimieren und Gespräche zu führen um die Mitarbeitenden zu motivieren.

Behörden Spiegel: Wie ist es innerhalb des DBB um die Frauenförderung bestellt?

Silberbach: In unseren Führungsgremien erhöhen wir stetig den Frauenanteil – ohne Quote! Fünf von 16 Landesbundesvorsitzenden sind mittlerweile Frauen. In der zehnköpfigen Bundesleitung haben wir mit der Jugendvertreterin drei Frauen. Im Prinzip entspricht das Verhältnis dem Frauenanteil unserer Mitglieder. Der liegt bei rund 36 Prozent, etwas mehr als ein Drittel.

Behörden Spiegel: Wäre es nicht an der Zeit, dass nach Ihnen eine Frau das Ruder beim DBB in die Hand nimmt?

Silberbach: Das ist eins meiner Ziele! Der DBB ist reif für eine weibliche Führung. Wir haben in den Nachwuchsorganisationen tolle Leute. Aber man kann natürlich nur die Menschen fördern, die da sind. Das ist wie mit dem alten Sprichwort: Man kann nur mit den Bräuten tanzen die auf der Tanzfläche sind. Das gilt für die männliche und für die weibliche Variante.

Behörden Spiegel: Und wie sieht es in den Fachgewerkschaften aus?

Silberbach: Auch hier haben wir Veränderungen, sogar in klassischen Männerdomänen. Zum Beispiel hat die DPVKOM vor kurzem eine Frau an die Spitze gewählt. Auch bei unserem Philologenverband haben wir jetzt eine Vorsitzende. Aber wir müssen das Bewusstsein weiterhin verändern. Im öffentlichen Dienst ebenso wie in den Gewerkschaften. Wir brauchen starke Frauen.

Behörden Spiegel: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind sechs Mitarbeiter in 1.800 Fällen der Korruption beschuldigt. Was ist da passiert?

Silberbach: Detailliert kann ich da noch nichts zu sagen. Aber eines ist klar. Die Kontrollmechanismen haben nicht funktioniert. Wir stehen mit der Personalvertretung im Dialog, warum die Mechanismen versagt haben. Schließlich blickt sie auch ein Stück weit hinter die Kulissen. Jetzt sind die Behördenleitung, die Personalvertretung und die Politik gefragt, das aufzuklären.

Mich wundern die massenhaften Fehler im BAMF eigentlich nicht. Bei dem Druck, der auf den Leuten gelastet hat, war das schon fast unvermeidlich. Vor einem Jahr war die öffentliche Erwartung an diese Behörde den Aktenberg, diese Millionen Anträge schnellstmöglich abzuarbeiten, egal wie. Rechtsstaatlichkeit und Fließbandarbeit passen nicht zusammen. Das soll natürlich nicht heißen, dass ich den Einzelfall in Bremen schönreden will.

Behörden Spiegel: Gibt es schon Genaueres in Sachen Streikrecht für Beamte?

Silberbach: Nein noch nicht. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Andreas Voßkuhle lässt sich bis zur Urteilsverkündung nicht in die Karten schauen. Im Moment habe ich ein positives Gefühl, dass es kein Streikrecht für Beamte geben wird, auch keine Abstufung zwischen hoheitlicher und nicht-hoheitlicher Tätigkeit. Aber vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand und vor Überraschungen nie gefeit.

Behörden Spiegel: Ist dann zu diskutieren, was hoheitlich ist?

Silberbach: Die Diskussion wird kommen. Allein schon durch die Frage, was die Tätigkeit eines Lehrers ist und wie man diese bewertet. Wir meinen, bei einer allgemeinen Schulpflicht muss die öffentliche Hand Schule inklusive des Lehrauftrags flächendeckend und dauerhaft anbieten. Bei einem dreiwöchigen Streik kann ein grundgesetzlich verbrieftes Recht nicht in Anspruch genommen werden. Das funktioniert nicht. Außerdem werden Lebensentscheidungen getroffen, etwa in der Versetzungsfrage.

Am Ende müssen wir den Begriff hoheitlich wahrscheinlich in die Zeit stellen.

Behörden Spiegel: Das trifft doch auch für Tätigkeiten bei der Polizei zu. Etwa bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen. Muss dort jedes Mal ein hoheitlich tätiger Beamter vor Ort sein? Selbst wenn es nur einen Blechschaden gibt?

Silberbach: Das lässt unser Rechtssystem zu. Bei Verkehrsunfällen verlangen die Versicherungen ein Testat, eine Unfallanzeige, damit ersichtlich wird, dass alles ordnungsgemäß aufgenommen und dokumentiert wurde und niemand Schindluder getrieben hat.

Behörden Spiegel: Aber könnten nicht auch Sachverständige diese Aufgabe übernehmen?

Silberbach: Theoretisch könnte es so geregelt werden. Aber will die Versicherungsbranche das?

Behörden Spiegel: Trotz des derzeitigen Personalaufwuchses gibt es Forderungen nach weiteren 20.000 Stellen für die Bundespolizei, um der nächsten Flüchtlingswelle begegnen zu können.

Silberbach: Über Jahrzehnte ist das Personal auf Kante genäht worden. Aufzunehmende oder neue Aufgaben muss auch mit entsprechend mehr Personal reagiert werden. Gerade beim Thema innere Sicherheit haben die Bürgerinnen und Bürger überhaupt kein Verständnis für einen schlanken Staat.